

Die neue SED

Der emeritierte Jura-Professor und Schriftsteller Bernhard Schlink (SPD) hat in der FAZ vom 01.08.2019 einen Beitrag „Der Preis der Enge. Wie der gesellschaftliche und politische Mainstream die Rechten stärkt“ veröffentlicht. Der Schlüsselsatz lautet: *„Nun hat der Mainstream, innerhalb dessen Meinungen akzeptiert sind und diskutiert werden, immer ein Ufer und eine Grenze, jenseits deren Meinungen wohnen, über die gesprochen wird, ohne dass mit ihnen gesprochen würde.“* Natürlich hängen Meinungen nicht in der Luft, sondern sie werden von konkreten Menschen geäußert. Über diese Menschen geht es im Folgenden. Sie versuchen, ihrem Denken und Handeln durch die Verwendung des Begriffs „Mainstream“ (Hauptstrom) eine höhere Bedeutung geben. Schlink sagt selbst, daß es nicht um Abstraktes gehe, sondern um die Parteien des „Mainstreams“.

Schlink beschreibt, daß der Begriff von früh an moralisch konnotiert sei, eine moralische Qualität bzw. eine moralische Evidenz habe. Den „Mainstream“ treibe um, was Deutschland moralisch ausmache und zusammenhalte, er gebe auch nur ungern die hohe Warte moralischer Präention auf. In der politischen Praxis fiele allmählich auf, daß der „Mainstream“ enger und moralisch rigider geworden sei. Die Engführung des „Mainstreams“ werde durch eine Politik verstärkt, die keine Alternativen kenne und daher auch keine Kritik und keine Kontroverse. Weil alternativlos, sei sie im Bundestag auch nicht debattiert worden. Weil die Entscheidungen alternativlos waren, käme die Kritik, die aus der Gesellschaft kam, in den Geruch des Querulatorischen und moralisch Fragwürdigen. Wer kritisiere, stehe außerhalb des „Mainstreams“.

Die AfD verschaffe dem politische Beachtung, in offenem Affront gegen den „Mainstream“ und seine moralischen Standards. Dies lasse nun beim „Mainstream“ eine eigentümliche Angst um die Bewahrung der eigenen Identität erkennen, er zeige sich als große Blase. Zwischen den Stimmen des „Mainstreams“ gebe es grundsätzliche Übereinstimmung, und es gebe sie auch zwischen den Parteien, die im Bundestag und in den Landtagen miteinander koalieren. Allerdings: Die Engführung des „Mainstreams“, die Kommunikationslosigkeit zwischen ihm und den Rechten und der AfD habe ihren Preis. Sie habe die Rechten und die AfD nicht schwächer gemacht, sondern stärker. Sie habe auch dem „Mainstream“ nicht gutgetan. Je enger er wurde, desto moralisch anmaßender und intellektuell langweiliger sei er geworden.

Soweit die Meinung eines Linken über Linke. Die Analyse ist – aus seiner Sicht – nachvollziehbar und erforderte sicher auch Mut, denn ungern werden Schwächen der eigenen Seite dargestellt. Die Lagebeschreibung läßt keine Hoffnung auf Besserung für die Linken zu.

Ganz besonders dann, wenn man den Versuch macht, den „Mainstream“ etwa genauer zu fassen. So wie ich den Begriff in den letzten Jahren in öffentlichen Äußerungen aller Art verwendet fand, war immer ein bestimmtes politisch-gesellschaftliches Milieu und waren damit immer konkrete Organisationen und Menschen gemeint. Ich fasse meinen Eindruck zusammen, indem ich die maßgeblichen Funktionäre von SPD, CDU/CSU, Grünen, Glaubensgemeinschaften, Medien, der Organisationen der Wissenschaft und Kultur, der Gewerkschaften und der sonstigen Vereinigungen alles Art dazurechne. Es sind nach meiner Schätzung knapp 10.000 Personen, also ein Zehntel eines Promilles bzw. 0,01 Prozent der Bevölkerung. Das klingt schon nicht mehr nach „Mainstream“.

Auch wenn man die oft beschworene „Zivilgesellschaft“ hinzunimmt, ändert sich das Bild nur graduell. Linke meinen damit diejenigen Personen, die links fühlen und leben. Sie spielen allerdings eine große Rolle in gesellschaftlichen Einrichtungen aller Art. Ich schätze sie aber insgesamt auf maximal eine Million, das wäre etwa ein Prozent der Bevölkerung. Von „Mainstream“ und „Zivilgesellschaft“ geht einheitlich der Anspruch aus, moralisch höherwertig zu denken und zu leben und deshalb ihren zu betreuenden Mitmenschen (also 99 Prozent der Bevölkerung) Vorschriften aller Art machen und Leistungen aller Art (hauptsächlich Geld) abpressen zu dürfen.

Diese Verhältnisse lassen sich nur durch die sehr starke Unterstützung aufrechterhalten, die sie in den deutschen Medien finden. Diese haben sich seit 1968 zunehmend und inzwischen fast vollständig auf die Seite der Linken geschlagen und wiederholen deren Propaganda Tag und Nacht. Die meisten Menschen kennen es von Geburt an nicht anders. Ohne die deutschen Medien würde der ganze „Mainstream“ in sich zusammenfallen. Seine mangelnde Bereitschaft, mit Andersdenkenden auch nur zu sprechen, liegt an den Ansichten der Linken, die eher Glaubenssätzen gleichen als konkreten politischen Vorstellungen. Über Glaubenssätze kann man mit Gläubigen nicht diskutieren: sie empfinden schon jede schlichte Nachfrage, besonders aber jede abweichende Meinung als Angriff auf ihre Identität, auf ihre Person. Die wahren „Identitären“ sind die linken Ideologen.

Im politischen Bereich bilden sie eine Einheitsfront, die ich die „**neue SED**“ (**Sozialistische Einheitsfront Deutschlands**) nennen möchte. Diese Einheitsfront umfaßt wie gesagt die maßgeblichen Funktionäre von SPD, CDU/CSU, Grünen, Glaubensgemeinschaften, Medien, der Organisationen der Wissenschaft und Kultur, der Gewerkschaften und der sonstigen Vereinigungen alles Art. Sie sind alle links und sie verhalten sich alle einheitlich. Bei den meisten Äußerungen einer Person aus diesem Kreis ist (wenn man nicht weiß, wer es gesagt hat) nicht klar, ob sie von einem Vertreter der CDU, der Grünen, der Kirchen oder der Medien stammen. Der Meinungsdruck innerhalb des „Mainstream“ ist enorm. Sie bilden eine gemeinsame Front gegen alle, die nicht ihrer Meinung sind (und das sind viele Millionen Bürger).

Ich muß ergänzen, daß die Überzeugungen der „neuen SED“ nicht nur Glaubenssätze sind, sondern wesentlich auch Vorgaben von internationalen Kräften, von der EU und den Vereinten Nationen mit ihren Unterorganisationen bis zu den „globalen Spielen“ in Wirtschaft und Finanzen und der Internationale der Sozialisten. Die Linken fühlen sich hier so abgesichert, daß sie auf abweichende Meinungen der Bevölkerung glauben mit Wut und Ausgrenzung reagieren zu können. Da es Wahlen gibt, ist das ein selbstmörderisches Verhalten.

Das Wahlrecht ist angesichts der einheitlichen Ausrichtung der Medien neben dem Internet das wichtigste Instrument der Bevölkerung, sich politisch zu artikulieren - und es wird zunehmend gebraucht. Die „neue SED“ wird von Entsetzten gepackt und versucht am Wahlrecht zu rütteln. Konkurrierenden Parteien oder zumindest einzelnen Kandidaten soll das passive Wahlrecht abgesprochen werden, ihr Wahlkampf wird wie zu Weimarer Zeiten behindert und sie werden teilweise sogar terrorisiert. Sowohl der gleiche Zugang zu öffentlichen Foren aller Art (vom Fernsehen bis zum Fußballspiel, von der Theaterpremiere bis zur Podiumsdiskussion in den Universitäten) als auch allgemeine parlamentarische Rechte werden möglichst verwehrt. Ja einer (Sandro Gaycken in FAZ vom 29.11.2016) forderte sogar, daß nur wählen darf, wer eine Prüfung erfolgreich besteht. Hierüber hat sich niemand aus dem Kreis der „neuen SED“ aufgeregt, obwohl er nach eigenen Angaben dort sehr gut vernetzt ist. Er rechnete wohl damit, daß sein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung dort kein Stirnrunzeln hervorrufen würde.

Der nicht zum „Mainstream“ gehörenden großen Mehrzahl der Bürger möchte man empfehlen, sich nicht aus der Ruhe bringen zu lassen, die verfehlte Politik des „Mainstreams“ auf allen Bereichen (siehe z.B. die Aufstellung von Dietrich W. Thielenhaus „Zwischen Realitätsverweigerung und Staatsversagen“ bei www.tichyseinblick.de vom 26.07.2019) anzuprangern und auf jeden Fall wählen zu gehen.

Nachtrag vom 28. Oktober 2019

Die gestrige **Landtagswahl in Thüringen** hatte als Ergebnis, daß die von mir unter der Bezeichnung „Die neue SED“ zusammengefaßten Parteien SPD, CDU und Grüne zusammen auf nur 35,2 % der Stimmen kamen. Jede dieser drei Parteien hat Stimmen verloren, zusammen sind es seit der letzten Landtagswahl in Thüringen ungeheure 25,1 %. Das bedeutet, daß viele Wähler von diesen Parteien etwas anderes erwartet haben als die gebotene extrem linke Politik. Das Vertrauen in diese Parteien ist stark geschwunden. Wer extrem linke Politik wünschte, wählte gleich das Original. Die SED-Nachfolgepartei die LINKE steigerte sich noch um 2,8 % auf 31,0 %. Wer dies nicht wünschte, wählte das klare Gegenteil von linker Politik. Die AfD erreichte fast das Doppelte ihres bisherigen Stimmanteils: sie stieg von 12,8 % um 10,6 % auf 23,4 % und ist damit der eigentliche Gewinner der Wahl und zweitstärkste Fraktion. Sie hat zahlreiche bisherige Nichtwähler von ihrer Politik überzeugen können. SPD und Grüne sind nur noch einseitig. Die SPD wird alsbald verschwinden. Der medial herbeigeredete Zauber der Grünen ist gebrochen. Wenn die stark dezimierte CDU sich weiter weigert, mit der AfD zusammenzuarbeiten und statt dessen lieber mit ihren früheren Todfeinden von SED/LINKE geht, wird das ihren Abstieg nur noch beschleunigen. Auch die noch verbliebenen CDU-Wähler werden dann merken, daß auch die heutige CDU extrem linke Politik betreibt und auf keinen Fall mehr christlich oder konservativ oder liberal genannt werden kann und nichts mehr mit sozialer Marktwirtschaft zu tun hat.

Es wird jetzt interessant sein, die Reaktionen der Funktionäre der neuen „Sozialistischen Einheitsfront Deutschlands“ in den genannten drei Parteien und in den Medien, Glaubensgemeinschaften usw. zu verfolgen. Was hat ihnen das Herumprügeln auf der AfD und die Weigerung, sich mit den Folgen ihrer eigenen Politik zu beschäftigen, im Ergebnis gebracht? Für mich ist das wichtigste Ergebnis der Wahl in Thüringen, daß die Wirkmächtigkeit des „Mainstream“ mitsamt seiner Medienunterstützung erheblich geringer ist als gedacht. Die Wähler haben offenbar genug von Klimapanik, Abbau der Sicherheit auf allen Gebieten, Einschleusen des Islam und hochnäsiger Bevormundung durch abgehobene Politiker (oftmals ohne Ausbildung und Berufserfahrung) und Journalisten in aus öffentlichen Geldern gut abgesicherter Position.

Es wird aber auch interessant sein, die Reaktionen der führenden Personen der AfD zu beobachten. Werden sie mehr an Regierungsbeteiligung oder mehr an Polarisierung interessiert sein oder sich um mehrheitsfähige Sachpolitik bemühen? An ihrer rechtsstaatlich-demokratischen Haltung darf kein Zweifel bestehen. Die AfD hat dann eher als dogmatische LINKE oder GRÜNE die Chance, sich zu einer Volkspartei zu entwickeln.